

Vertrauen und Verantwortung

Grundlagen einer Gesellschaftsanalyse

Teil I: Gemeinwohl

Christoph Noebel

2 Vertrauen und Verantwortung

In medialen Schlagzeilen, Nachrichten und Berichten überwiegen die Darstellungen aktueller Missstände, Probleme und Krisen. Nicht nur verfügen sie über eine kurze Aufmerksamkeitsspanne, entsprechende Versuche der Erklärung und Kontextualisierung fallen meist oberflächlich aus. Daher erscheint es sinnvoll, *übergeordnete Konzepte* heranzuziehen, um Ereignisse und Sachverhalte auf strukturierte Weise analysieren zu können. Zwei dieser Konzepte sollen in dieser Studie genauer untersucht und angewandt werden. Zunächst handelt es sich um den Aspekt des *Vertrauens*, der sich mit den Tugenden der Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit von Privatpersonen, Berufsgruppen, Führungskräften, Institutionen und sozialen Systemen beschäftigt. Die Thematik des Vertrauens ist eng mit dem zweiten Konzept verwoben, der *Verantwortung*. Da beide Aspekte menschliches Verhalten und soziales Zusammenleben prägen, eignen sie sich als Grundlage für eine breite Gesellschaftsanalyse.

Um den Aspekt des Vertrauens gesellschaftspolitisch einzuordnen, sei zunächst auf die regelmäßigen Berichte des *Global Trust Reports* des GfK Vereins hingewiesen. Ihnen zufolge hatten 2017 in der Bundesrepublik 38% der Befragten überwiegend Vertrauen in die derzeitige Regierung, 30% in große Unternehmen, 65% in die öffentliche Verwaltung und 18% in politische Parteien. Die vom GfK Verein im internationalen Bericht *Trust in Professions 2018* erstellten Rangliste von Berufsgattungen nehmen Politiker mit einer Zustimmungsrate von 14% das Schlusslicht ein, wobei Bürgermeister mit 60% deutlich besser dastehen. Mit Werten von 53% und 40% können auch Unternehmer, beziehungsweise Banker nicht zufrieden sein. Mit 38% fällt das Vertrauen in Journalisten erstaunlich niedrig aus. Obwohl die Umfragewerte geringe Schwankungen aufweisen, demonstrieren sie ein beständiges Maß an Misstrauen in staatliche und wirtschaftliche Organisationen. Betrachtet man das Vertrauen in Institutionen als notwendige Bedingung für eine funktionsfähige, stabile und zivilisierte Gesellschaft, zeichnen diese Werte kein positives Bild.

Das mittelmäßige bis negative Ergebnis der Vertrauensstudien bietet den Ausgangspunkt unserer Untersuchung. Zunächst gilt es zu fragen, was denn unter Vertrauen zu verstehen ist. Welche Faktoren beeinflussen Vertrauensverhältnisse und Misstrauen? Sicherlich sind es zunächst *Fehlverhalten und Missstände* in den Bereichen der Wirtschaft und dem Staatswesen, die nachvollziehbare Schäden verursachen und für allgemeine Skepsis und Ablehnung in der Gesellschaft sorgen. Darüber hinaus beruht Misstrauen auf dem unumgänglichen Sachverhalt der *Ungewissheit*, der zum Teil auf die Komplexität der modernen Gesellschaft zurückzuführen ist. Unzureichende oder gar fehlende Aufklärung seitens der Entscheidungsträger, Bildungseinrichtungen und öffentlicher Debatten tragen zu diesem Problem bei. Ein dritter Grund für geringes Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen liegt in der Wahrnehmung einer verbreiteten *Verantwortungslosigkeit*. In öffentlichen Foren werden zwar Probleme in Finanzmärkten, Unternehmen, staatlichen Behörden, politischen Parteien, im Bildungs- und Gesundheitswesen oder im Umgang mit der Umwelt thematisiert, der wesentliche Aspekt der Zuständigkeit oder Verantwortung wird jedoch nur oberflächlich behandelt oder ignoriert.

Die Konzepte des Vertrauens und der Verantwortung verfügen im Kontext einer Gesellschaftsanalyse über besondere Aussagekraft, da sie sowohl als Ursache für Missstände als auch deren Auswirkung zu verstehen sind. Im Folgenden werden wir uns zuerst ihren Begrifflichkeiten und Zusammenhängen widmen, um dann im zweiten Schritt ihre Bedeutung für das Gemeinwohl zu thematisieren. Im dritten Schritt finden die Konzepte des Vertrauens und der Verantwortung konkrete Anwendung nicht nur in unserer Analyse der Marktwirtschaft in Teil II der Trilogie, sondern auch in Teil III, der sich mit dem Staatswesen und der Zivilgesellschaft befasst.